

22

Ministerratssitzung**Freitag, 20. Februar 1948**

Beginn: 16 Uhr 55

Ende: 18 Uhr 40

Anwesend: Ministerpräsident Dr. Ehard, Stv. Ministerpräsident Dr. Müller, Innenminister Dr. Anckermann, Finanzminister Dr. Kraus, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Arbeitsminister Krehle, Verkehrsminister Frommknecht, Staatsminister Dr. Pfeiffer (Staatskanzlei), Staatssekretär Fischer (Innenministerium-Bauabteilung), Staatssekretär Jaenicke (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Lacherbauer (Justizministerium), Staatssekretär Dr. Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Geiger (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Sedlmayr (Verkehrsministerium), Staatsrat Dr. Niklas (Landwirtschaftsministerium).

Entschuldigt: Kultusminister Dr. Hundhammer, Sonderminister Dr. Hagenauer, Staatssekretär Dr. Schwalber (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Sattler (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Grieser (Arbeitsministerium), Staatssekretär Sühler (Landwirtschaftsministerium).

Tagesordnung: I. Bericht des Ministerpräsidenten über die Besprechungen mit General Clay. II. Lebensmittelimport-Angebote der Gama. III. Bevorstehender Streik in der Maxhütte. IV. Baustoffnotgesetz. V. Personalangelegenheiten. VI. Pensionskürzungsgesetz. VII. Gesetz über die Rückübertragung der Gewerbesteuer auf die Gemeinden. VIII. Gesetz zur Wiederherstellung der Finanzgerichtsbarkeit. IX. Gesetz über Verhängung von Arbeitshaus im beschleunigten Verfahren. X. Termin des nächsten Ministerrats.

I. Bericht des Ministerpräsidenten über die Besprechungen mit General Clay

Ministerpräsident *Dr. Ehard* eröffnet die Sitzung und berichtet über die Besprechungen mit General Clay am 19. und 20. Februar 1948 in Berlin.¹ Am Donnerstag Abend habe General Clay darauf bestanden, daß Bayern entweder alle 12 Vertreter wähle und daß diese dann am Dienstag in Frankfurt seien oder daß Bayern überhaupt keinen Vertreter entsenden dürfe. Heute Vormittag sei Clay in einer neuerlichen Besprechung zugänglicher gewesen. Er habe als letztes konzidiert, daß, wenn er (Ehard) ihm (Clay) bis zum Montag mitteilen könne, daß der Landtag bereit sei, für Semler einen Ersatzmann zu wählen, am Dienstag die bayerischen Vertreter in Frankfurt er scheinen könnten; Semler dürfe selbstverständlich nicht kommen.² Wenn er (Ehard) am Montag aber erklären müsse, daß nach seiner Kenntnis der Landtag sich weigern werde, eine Ersatzwahl vorzunehmen, dann dürften überhaupt keine bayerischen Vertreter kommen. Er glaube, daß man die erste Erklärung abgeben könne.

Diese Meinung wird allgemein gebilligt.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* fährt fort, es frage sich nun, welche Erklärung man an die Presse geben solle. General Clay habe erklärt, er wolle das Ganze als ein vertrauliches Gespräch betrachten. Es stehe aber bei uns, ob wir eine Erklärung abgeben wollten. Irgendeine Erklärung müsse man wohl abgeben und sich hiezu auf eine Formulierung einigen.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* ergänzt den Bericht in Einzelheiten und macht Vorschläge für die an die Presse abzugebende Erklärung.

¹ Vgl. Nr. 21 TOP I.

² Die vom Landtag neu gewählten bayerischen Abgeordneten nahmen – mit Ausnahme von Semler – am 24. 2. 1948 an der ersten Sitzung des Wirtschaftsrates nach Erlass der Proklamation Nr. 7 teil; vgl. *Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates* Bd. 2 S 310–313. Am 26. 2. 1948 wählte der Landtag mit Franz Elsen einen Ersatzmann für Semler. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Stock kommentierte dies mit den Worten: „Die aus völliger Verkenntnis der Rechts- und Sachlage vom Zaun gebrochene Machtprobe mit der Militärregierung hat, wie wir vorausgesagt haben, mit einer kläglichen Demütigung geendet“; vgl. *StB.* II S. 940 ff. (26. 2. 1948). Zu Semler s. Nr. 23 TOP III.

Nach kurzer Besprechung wird folgende Presseerklärung gebilligt: „Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard und der Landesvorsitzende der CSU, Dr. Josef Müller, berichteten nach ihrer Rückkehr aus Berlin, daß die Situation sehr ernst war. Einige Mißverständnisse sind durch die Aussprache weggeräumt. Ein Mißverständnis bestand in der Auslegung des Briefes der Generäle Clay und Robertson an Dr. Semler, das durch Textierung und Übersetzung des Briefes entstanden war.³ General Clay erklärte, daß Dr. Semler durch dieses Schreiben für jede Tätigkeit auf der bizonalen Ebene disqualifiziert worden sei. Die infolge dieses Mißverständnisses vorgenommene Wahl Dr. Semlers durch den Landtag kann daher nicht als ein Affront angesehen werden. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen. Eine Lösung, die der innen- und außenpolitischen Lage gerecht wird, ist zu erwarten.“

Weiter wird beschlossen, darauf hinzuwirken, daß am nächsten Donnerstag Vormittag Landtagssitzung⁴ und am Mittwoch Nachmittag Fraktionssitzung sein soll. Der Landtag habe nur erklärt, daß er bis auf weiteres von einer Neuwahl absehe. Nun könne man sagen, daß etwa bestehende Zweifel geklärt seien, Semler sei in keiner Form zugelassen, das habe schon in dem Brief von Clay und Robertson an Semler zum Ausdruck kommen sollen. Infolge eines Mißverständnisses in der Textierung, Auslegung oder Übersetzung, sei man zu der Meinung gekommen, daß Semler in den Wirtschaftsrat gewählt werden könne. Diese Sache sei aber nun aufgeklärt. Auf die Dauer könne man auf den Sitz auch nicht verzichten.⁵

II. Lebensmittelimport-Angebote der Gama

Ministerpräsident Dr. Ehard verliest einen neuerlichen Brief der Gama, den er soeben bekommen habe, in dem die Importangebote wiederholt seien.⁶ Man könne im Augenblick nichts anderes machen, als diesen Brief an Schlange-Schöningen weiterzuleiten.

Staatsminister Dr. Seidel bemerkt, Mr. Logan⁷ von der JEIA,⁸ den er heute durch die Exportschau⁹ geführt habe, habe Presseleuten gegenüber erklärt, diese Angebote seien ihm völlig unbekannt.¹⁰

Ministerpräsident Dr. Ehard schlägt vor, entsprechende Mitteilungen an Schlange-Schöningen, den neuen Oberdirektor¹¹ und an den Gouverneur¹² zu machen.

Staatsminister Dr. Seidel erwidert, da es sich um eine JEIA-Sache handle, könnten wir sie unmittelbar machen.

Ministerpräsident Dr. Ehard schlägt vor, den Brief dann dem Wirtschaftsminister zur weiteren Erledigung zu übergeben.

Hiemit herrscht allgemeines Einverständnis.

3 Vgl. Abdruck des Schreibens von Clay und Robertson an Semler, NZ 29. 1. 1948. Darin hieß es u.a.: „In Anbetracht des Wertes, den die amerikanische und die britische Regierung dem Recht der freien Meinungsäußerung des Individuums beimessen, wurde entschieden, daß außer Ihrer Amtsenthebung keine weiteren Schritte gegen Sie unternommen werden. Es muß jedoch betont werden, daß dieses Recht der freien Meinungsäußerung für einen verantwortlichen Regierungsbeamten nicht das Recht einschließt, Angaben zu machen, ohne die zugrunde liegenden Tatsachen zu berücksichtigen. Es schließt außerdem nicht das Recht ein, ein öffentliches Amt, in dem die Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten unerlässlich ist, weiter zu bekleiden, nachdem der Beamte bewiesen hat, daß er zu solcher Zusammenarbeit nicht bereit ist.“

4 Die Landtagssitzung am Donnerstag, 26. 2. 1948, begann um 15.21 Uhr; StB. II S. 938 (26. 2. 1948).

5 Nach der Verdoppelung der Mandate stellten CDU/CSU und SPD je 40 Abgeordnete im Wirtschaftsrat. Die CDU stellte mit Köhler den Präsidenten, da die Christdemokraten gemeinsam mit den 4 Abgeordneten der DP und den acht Liberalen über eine Mehrheit verfügten. Bei einem dauerhaften Mandatsverzicht hätte die SPD sicherlich den Anspruch erhoben, den Präsidenten zu stellen; vgl. Benz, Besatzungsherrschaft S. 94 f.

6 Vgl. Nr. 19 TOP III. Es handelte sich um das Angebot der schwedischen Firma Gama aus Simrisham, Bayern 20 000 t Öl und Fett sowie 3000 t Fisch zu liefern; vgl. „Fett gegen Spielwaren?“ SZ 14. 2. 1948; SZ 21. 2. 1948; Münchner Merkur 16. 2. 1948 (PA 1948/24).

7 William John Logan, Juni 1948 bis April 1949 Generaldirektor JEIA.

8 Die Joint Export-Import Agency (JEIA), gegründet 1. 1. 1947, war eine amerikanisch-britische Einrichtung zur Förderung des dt. Außenhandels. Sie führte auch die Aufsicht über dt. Devisentransaktionen; vgl. Henke/Oldenhage S. 126 f.

9 Die Bayer. Export-Ausstellung war am 3. 8. 1946 im Münchner Haus der Kunst eröffnet worden; vgl. Protokolle Hoegner I Nr. 28 TOP IX und Protokolle Ehard I Nr. 25 TOP XIII. 700 Firmen aus allen Wirtschaftszweigen zeigten auf der Bayer. Exportschau bis einschließlich 31. 12. 1948 ihre Erzeugnisse rund 1,8 Millionen Besuchern; Chronik der Stadt München S. 455; Bayer. Staatsanzeiger 31. 1. 1948.

10 Vgl. „Kein Weg zu erhöhter Fetteinfuhr? SZ-Gespräch mit Mr. Logan von der Export-Import Agentur“ SZ21. 2. 1948.

11 Hermann Pünder; zu seiner Person s. Nr. 18 TOP I Anm. 35.

12 Murray D. Van Wagoner.

Staatsminister *Dr. Seidel* meint, man könne die Sache am Montag auch noch in Frankfurt besprechen. Im übrigen habe Mr. Logan erklärt, solange Amerika Kredite an Deutschland gebe, müßten wir die Lebensmittel auch in Amerika kaufen.

Staatsrat *Dr. Niklas* ist etwas skeptisch gegenüber diesem Brief. Im übrigen glaube er, daß die Fettknappheit auf der ganzen Welt überwunden sei. Die Amerikaner hätten sich über die Kopraproduktion¹³ auf den Philippinen getäuscht. Sie hätten diese auf 500 000 t geschätzt. Bis jetzt seien aber schon 1 200 000 t angefallen. Aus politischen Gründen müßten die Amerikaner aber auf den Philippinen Kopra aufkaufen. Im übrigen würden durch die katastrophale Preisabwärtsbewegung alle Lager geöffnet. Er habe erfahren, daß auch der Wirtschaftsverwaltung in Frankfurt große Angebote an Fleisch, Fett und sogar an Leder und Textilien gemacht worden seien. Was die Importe anlange, könne man verhältnismäßig beruhigt sein.

Staatsminister *Dr. Seidel* meint auch, daß man dieses Gama-Angebot nicht zu einer Staatsaktion machen dürfe. Die Leute wollten ein Geschäft machen und stellten die Sache in ihrem Sinn dar. Er werde das Angebot aber entsprechend weitergeben.

III. Bevorstehender Streik in der Maxhütte

Staatsrat *Dr. Niklas* teilt mit, soeben habe er einen Anruf von Schlögl erhalten, der seinerseits vom Wirtschaftsministerium verständigt worden sei, daß die Maxhütte am Montag streiken wolle, weil kein Fett auf die Zulagekarten mehr gegeben werde.¹⁴

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, man solle sich deswegen nach Frankfurt wenden. Die Ruhrbergarbeiter bekämen auch die Zulagen.

Staatsrat *Dr. Niklas* erklärt, die Sache sei die, daß der Ministerpräsident entgegen der Weisung von Frankfurt bisher die Belieferung der Zulagekarten in Fett konzidiert habe. Dieses Abweichen für die Norm könne aber für die 3. und 4. Woche nicht fortgesetzt werden, weil sonst ein neuer Fettkrieg entstehe.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* bezeichnet es auch als unmöglich, gerade in der jetzigen Situation diese Sache durchzuführen.

Staatsminister *Krehle* schließt sich dem an, sonst bestehe die Anschauung, daß man bloß mit einem Streik zu drohen brauche, um Fett zu bekommen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* fährt fort, er könne diese Maßnahme unmöglich fortsetzen und lasse sich dazu auch nicht zwingen.

Staatssekretär *Geiger* bemerkt, bei der Maxhütte handle es sich um keinen Bergbaubetrieb.¹⁵ Dort sei aber ein ganz kleines Bergwerk Ponholz.¹⁶ Die beiden Betriebe erklärten sich vielleicht solidarisch. Dies müsse noch geklärt werden. Im übrigen seien die Verhältnisse in Burglengenfeld so, daß dort die ganzen Monate hindurch kein Fisch und keine anderen Zulagen ausgegeben worden seien. Die Bevölkerung sei auch eine Zeit lang ohne Fett gewesen. Die Sache müsse einmal mit dem Landrat geklärt werden.¹⁷

Staatsrat *Dr. Niklas* erwidert, es sei richtig, daß einige Wochen die Fettrationen nicht hätten ausgelastet werden können. Dies sei aber inzwischen gutgemacht worden.

IV. Baustoffnotgesetz¹⁸

13 Kopra ist das getrocknete, grob zerkleinerte, feste Nährgewebe der Kokosnuß. Es ist sehr fettreich (60–70%) und liefert durch Auspressen Kokosfett, das wiederum als Bratfett und zur Herstellung von Margarine verwendet wird.

14 Vgl. betr. Lebensmittelzulagen für die Arbeiter der Maxhütte 1948 StK 14721; ferner *Duschinger/Zierer* S. 199 f.; zur Bedeutung der Maxhütte für Sulzbach-Rosenberg s. *Hartmann* S. 382 ff.

15 Zur Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte mbH. in Sulzbach-Rosenberg gehörte – neben Bergwerksbesitz in Thüringen und Sachsen – jedoch auch die Braunkohlenzeche Mathias (Irrenlohe bei Schwandorf); vgl. MWi 14922/2.

16 Ponholz, Gemeinde Maxhütte-Haidhof, Lkr. Schwandorf. Es handelte sich um die Oberpfälzischen Braunkohlenwerke, Ponholz.

17 Dr. jur. G. Walter *Haschke* (SPD), Landrat von Burglengenfeld.

18 Vgl. Nr. 21 TOP VI.

Der Gesetzentwurf wird mit den im Ministerrat vom 19. 2. 48 beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.¹⁹

V. Personalangelegenheiten

1. Übernahme des Ministerialdirigenten Resch²⁰ als Ministerialrat in das Innenministerium

Staatsminister *Dr. Ankermüller* beantragt, Ministerialdirigenten Resch als Ministerialrat in das Innenministerium zu übernehmen.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* macht darauf aufmerksam, daß Resch schon 65 Jahre alt sei.

Es wird beschlossen, daß das Finanzministerium sich noch einmal zu der Sache äußern soll.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* übergibt die Akten dem Finanzminister.

2. Wiederernennung des Ministerialrats Dr. Woerner²¹ zum Vorstandsmitglied der Landeskulturrentenanstalt²²

Der Antrag des Landwirtschaftsministeriums wird gebilligt.

3. Ernennung des ehem. Ministerialrats Pirner²³ zum Ministerialrat im Landwirtschaftsministerium

Der Ernennung wird zugestimmt, mit der Maßgabe, daß Dr. Schlögl nach seinem Amtsantritt als Landwirtschaftsminister noch Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden solle.

VI. Pensionskürzungsgesetz²⁴

Es wird beschlossen, den Gesetzentwurf bis auf weiteres zurückzustellen.

VII. Gesetz über die Rückübertragung der Gewerbesteuer auf die Gemeinden

Der Entwurf wird entsprechend dem Beschluß im gestrigen Ministerrat²⁵ endgültig verabschiedet.²⁶

VIII. Gesetz zur Wiederherstellung der Finanzgerichtsbarkeit²⁷

Der Entwurf wird entsprechend dem Beschluß im gestrigen Ministerrat endgültig verabschiedet.²⁸

IX. Gesetz über Verhängung von Arbeitshaus im beschleunigten Verfahren

19 Staatssekretär Fischer schickte der StK am 21. 2. 1948 den vom Ministerrat genehmigten Entwurf des Baustoffnotgesetzes mit Begründung. MPr. Ehard leitete diesen mit Schreiben vom 21. 2. 1948 am 27. 2. 1948 dem Landtagspräsidenten zu (StK-GuV 679). Das Gesetz wurde nicht verabschiedet.

20 Friedrich Resch (1882–1964), Jurist, 1908 große juristische Staatsprüfung, 1912 Eintritt in die bayer. Staatsverwaltung, 1912–1920 Bezirksamtsassessor am Bezirksamt Pirmasens, 1920–1927 als RR bzw. RR I. Kl. bei der Regierung der Pfalz in Speyer, 1927–1931 StMWi (Abt. Landwirtschaft) bzw. 1931–1936 Staatsministerium für Landwirtschaft (Referent für Preisfragen), 1928 ORR, 1936 Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 1936–1945 Reichskommissar für die Preisbildung in Berlin (Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft), 1938 MinRat, 1941 MinDirig, 1945/1946 Leiter des Preisamts des Magistrats der Stadt Berlin [vgl. *Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin* I S. 284; II S. 325–328], August 1946 Sachbearbeiter für land- und forstwirtschaftliche Preise beim Sonderbeauftragten für Preisbildung und Preisüberwachung der US-Zone in Stuttgart, November 1946 – Januar 1948 Abteilungsleiter in der Hauptabteilung Preis beim Verwaltungsrat für Wirtschaft, seit 20. 2. 1948 Verwendung im StMI, 7. 4. 1948 unter Belassung der Dienstbezeichnung MinDirig Ernennung zum MinRat im Bayer. Staatsdienst, Tätigkeit als Vertreter des MD, 30. 9. 1950 Ruhestandsversetzung.

21 In der Vorlage fälschlich „Wörner“.

22 Dr. rer. pol. Otto Woerner (1884–1968), 1910 große juristische Staatsprüfung, Eintritt in die Bayer. Staatsverwaltung, 1917–1929 RR, ORR und MinRat im StMI und für Landwirtschaft, 1929–1949 Direktor der Bayer. Landeskulturrentenanstalt, 1949–1. 2. 1953 Präsident der Bayer. Landesbodenkreditanstalt.

23 Hans Pirner (1886–1966), Dipl.-Landwirt, 1922–1936 im Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit (seit 1928) sowie StMWi (seit 1933) (Abteilung Landwirtschaft), 1922 RR I. Kl., 1928 ORR, 1. 4. 1936 Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 1937 NSDAP-Mitglied, 1. 10. 1938 MinRat, 1. 7. 1945 Angestellter im StMELF (Sachverständiger für Milchwirtschaft), mit Erlaubnis der Militärregierung unter Berücksichtigung seines wichtigen Aufgabengebietes und der geringen politischen Belastung Weiterbeschäftigung im StMELF ohne Unterbrechung, 1. 4. 1948 unter Berufung in das Beamtenverhältnis Ernennung zum MinRat, 1. 10. 1951 Ruhestandsversetzung.

24 Vgl. Nr. 21 TOP VIII.

25 Vgl. Nr. 21 TOP XI

26 Ehard leitete den Entwurf eines Gesetzes über die Rückübertragung der Gewerbesteuer auf die Gemeinden am 25. 2. 1948 mit Begründung dem Landtagspräsidenten zu; vgl. *BBd.* II Nr. 1142. – Gesetz Nr. 109 über die Rückübertragung der Gewerbesteuer auf die Gemeinden vom 31. März 1948 (GVBl. S. 53).

27 Vgl. Nr. 21 TOP X.

28 Ehard leitete den Entwurf eines Gesetzes zur Wiederherstellung der Finanzgerichtsbarkeit am 25. 2. 1948 mit Begründung dem Landtagspräsidenten zu; vgl. *BBd.* II Nr. 1141. S. StK-GuV 699. – Gesetz zur Wiederherstellung der Finanzgerichtsbarkeit vom 19. Mai 1948 (GVBl. S. 87).

Der Entwurf wird einstimmig gebilligt und soll dem Landtag und dem Länderrat zugeleitet werden.²⁹

X. *[Termin des nächsten Ministerrats]*

Als Termin des nächsten Ministerrats wird Freitag, der 27. Februar 1948 15.30 Uhr in Aussicht genommen.³⁰

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Hans Ehard

Der Generalsekretär
des Ministerrats
gez.: Claus Leusser
Ministerialrat

Der Leiter der
Bayerischen Staatskanzlei
gez.: Dr. Anton Pfeiffer
Staatsminister

²⁹ Ehard leitete den Entwurf eines Gesetzes über die Verhängung von Arbeitshaus im beschleunigten Verfahren am 25. 2. 1948 mit Begründung dem Landtagspräsidenten zu; vgl. *BBd.* II Nr. 1143. Zum Fortgang s. Nr. 23 TOP I.

³⁰ Vgl. Nr. 23.